

5. Änderung der 1. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbandes Seckachtal zum Bebauungsplan „Sondergebiet Freiflächenphotovoltaikanlage Hühneräcker“, Gemarkung Adelsheim

**Beteiligung gem.
§ 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB**

**Beschlussfassung über die Abwägung der Stellungnahmen
durch den Gemeindeverwaltungsverband Seckachtal
in der Sitzung am
16.05.2024**

Stand: 16.05.2024

Entwurf der Abwägungen zu den Anregungen und Bedenken, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB im Zeitraum vom 26.02.2024 bis einschließlich 08.04.2024 eingegangen sind:

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt, haben jedoch keine Stellungnahme abgegeben und somit auch keine Anregungen vorgebracht:

Absender
RP Karlsruhe, Abt. 5 Umwelt
Gemeinsamer Gutachterausschuss Geschäftsstelle Neckar-Odenwald-Kreis
Unitymedia GmbH / Vodafone GmbH
NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH
Handwerkskammer Mannheim
Gemeinde Schefflenz
Stadt Mockmühl
Stadt Widdern
Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Kreisgruppe Neckar-Odenwald
Naturschutzbund Deutschland (Nabu) Ortsgruppe Bauland Süd OG
RP Karlsruhe Abt. 3 – Landwirtschaft, ländlicher Raum, Veterinär- und Lebensmittelwesen
RP Karlsruhe Kompetenzzentrum Energie
Landesnatschutzverband Baden-Württemberg

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben im Verfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in ihrer Stellungnahme keine Hinweise, Einwendungen oder Bedenken vorgetragen:

Absender	Datum
Gemeinde Ravenstein	26.02.2024
Gemeinde Roigheim	26.02.2024
Polizeipräsidium Heilbronn	26.02.2024
Zweckverband Bodensee Wasserversorgung	27.02.2024
Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	27.02.2024
Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart – Ref. 84.2 – Fachgebiet Archäologische Inventarisierung	27.02.2024
Stadt Osterburken	27.02.2024
Regierungspräsidium Karlsruhe – Ref. 42 – Steuerung und Baufinanzen (Verkehrsbehörde)	01.03.2024
Gemeinde Seckach	13.03.2024
Gemeinde Schöntal	14.03.2024

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben im Verfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB nachstehende Stellungnahmen vorgetragen:

1	Regierungspräsidium Freiburg – Forstdirektion	26.02.2024
	Stellungnahme	Abwägungsempfehlung
I.	<p>Zu den vorgelegten Unterlagen nimmt die Höhere Forstbehörde im Rahmen der Offenlage wie folgt Stellung.</p> <p><u>Vorhaben</u></p> <p>Die Firma ENBW Solar GmbH beabsichtigt die Errichtung einer Photovoltaikfreiflächenanlage in Adelsheim. Die Fläche soll im FNP planungsrechtlich als Sondergebiet Photovoltaik (PV) ausgewiesen werden. Parallel wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.</p>	Die Zusammenfassung des Vorhabens wird zur Kenntnis genommen.
II.	<p><u>Forstfachliche Stellungnahme</u></p> <p>Der Geltungsbereich des Plangebietes umfasst eine Fläche von rd. 11 ha und wird aktuell landwirtschaftlich genutzt.</p> <p>Bei den im Osten an den Geltungsbereich angrenzenden Waldflächen möchten wir nochmals darauf hinweisen, dass im Rahmen der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Baufenstern bzw. den Solarmodulen der erforderliche Waldabstand von 30 m nach § 4 Abs. 3 LBO einzuhalten ist.</p>	Es handelt sich im Parallelverfahren um die Aufstellung eines angebotsbezogenen Bebauungsplans. Die Abstandsflächen werden auf Ebene des Bebauungsplans berücksichtigt.
III.	<p>PV-Anlagen fallen zwar nicht unter die gesetzliche Waldabstandsvorschrift, die sich aus § 4 Abs. 3 LBO vorrangig für Gebäude und bauliche Anlagen mit Feuerstätten ergibt, dennoch weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass durch die unmittelbare Nähe der PV-Anlage zum Wald kurz-/mittelfristig erhebliche Gefahrensituationen und/oder</p>	Der nebenstehende Sachverhalt ist wortgleich mit der Stellungnahme zum Bebauungsplan. Da im Flächennutzungsplan keine Baugrenzen dargestellt werden können, wird in diesem Zusammenhang auf das Verfahren des Bebauungsplans verwiesen: Hier werden die 30 m Waldabstand in allen Bereichen

	<p>Waldbewirtschaftungseinschränkungen gegeben sind. Hierbei handelt es sich um folgende Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Durch den Klimawandel wird mit einer weiteren Zunahme der Intensität von Extremwetterereignissen (u. a. Dürren und Stürmen) gerechnet. Diese können einen erheblichen Einfluss auf Wälder haben. Das Risiko von Sturmwurf/-bruch, aber auch vom Herabfallen einzelner, auch starker, Äste wird aller Voraussicht nach erheblich zunehmen. Im Umkehrschluss erhöht sich zugleich auch die Gefahr einer Beschädigung von PV-Anlagen (inkl. Zäunung) im Einflussbereich (< 30 m) von Waldbeständen. – In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass bei einer Beschädigung von PV-Modulen durch umstürzende Bäume bzw. herabfallende Baumteile die hier verarbeiteten, gegebenenfalls schädlichen Stoffe in die Umwelt eingetragen werden können (z. B. Boden, Grundwasser). Laut einer Studie des Stuttgarter Instituts für Photovoltaik (ipv) und des Instituts für Siedlungswasserbau, Wassergüte und Abfallwirtschaft (Iswa) aus dem Jahr 2017 wird bei Solarmodulen, deren Oberfläche zerstört oder gerissen ist, eine Schadstoffauswaschung festgestellt. – Durch die Produktion elektrischer Energie (u.a. Wechselrichter, Trafostation) geht von Solaranlagen eine potenzielle Feuer- und somit Waldbrandgefahr aus. Die Brandgefahr für Waldbestände wiederum nimmt, bedingt durch die im Klimawandel prognostizierten anhaltenden Trockenperioden, voraussichtlich weiter zu. <p>Vorsorglich weisen wir ebenfalls darauf hin, dass seitens des Anlagenbetreibers keinerlei Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen. Gegebenenfalls negative Auswirkungen des angrenzenden Waldbestandes auf die Solaranlage sind hinzunehmen. Hierzu zählen auch eventuelle wirtschaftliche Einbußen aufgrund der aktuellen oder</p>	<p>eingehalten, in denen kein Haftungsverzicht erzielt werden konnte.</p>
--	--	---

	zukünftigen Beschattungssituation durch die angrenzenden und stetig wachsenden Waldbäume. In diesem Zusammenhang wird klargestellt, dass eine (nachträgliche) Waldumwandlungsgenehmigung ausdrücklich nicht in Aussicht gestellt werden kann.	
IV.	<p>Vor diesem Hintergrund wird seitens der höheren Forstbehörde dringend darauf hingewiesen, zu den geplanten PV-Anlagen einen <u>Waldabstand von mindestens 30 m</u> einzuhalten und dies im weiteren Verfahren (Bebauungsplan) entsprechend zu berücksichtigen.</p> <p>Gegenüber der geplanten Änderung des Flächennutzungsplans bestehen aus forstfachlicher Sicht keine Einwände.</p> <p>Die Untere Forstbehörde beim Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis erhält Nachricht von diesem Schreiben.</p>	Dass im Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans keine Einwände bestehen, wird zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus wird auf die Abwägung im Bebauungsplanverfahren verwiesen.
Kenntnisnahme. Kein Beschluss erforderlich.		

2	Verband Region Rhein-Neckar	27.02.2024
	Stellungnahme	Abwägungsempfehlung
I.	Vielen Dank für die Beteiligung an der Flächennutzungsplanänderung zum Bebauungsplan „Sondergebiet Freiflächen-Photovoltaikanlage Hühneräcker“ zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage mit einer Größe von ca. 11 ha auf der Gemarkung Adelsheim.	Kenntnisnahme.

	<p>Der Verband Region Rhein-Neckar hatte sich bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit Stellungnahme vom 04.04.2023 zu dem Vorhaben geäußert.</p> <p>Ergebnis der Stellungnahme war, dass die regionalplanerischen Grundsätze zu den präferierten Standorten von PV-Freiflächenanlagen von dem geplanten Vorhaben nicht eingehalten werden. Aufgrund der Einstufung als landwirtschaftlich benachteiligtes Gebiet gem. der baden-württembergischen Freiflächenöffnungsverordnung und als geeignet für PV-Freiflächenanlagen nach dem Energieatlas Baden-Württemberg stehen die regionalplanerischen Leitlinien der Anlagenrealisierung jedoch nicht grundsätzlich entgegen.</p>	
II.	Nach dem Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar liegt die Vorhabenfläche in einem Regionalen Grünzug (Ziel) und in einem Vorranggebiet für die Landwirtschaft (Ziel).	Kenntnisnahme. Eine nähere Berücksichtigung erfolgt unter den nachfolgenden Punkten.
III.	In Bezug auf den Regionalen Grünzug hatten wir in unserer Stellungnahme zum Bebauungsplan bereits geäußert, dass PV-Freiflächenanlagen als technische Infrastrukturen zu werten sind, die nach Plansatz 2.1.3 in Regionalen Grünzügen zulässig sind.	Die Vereinbarkeit von PV-Freiflächenanlagen im Regionalen Grünzug wird zur Kenntnis genommen.
IV.	<p>Hinsichtlich des Vorranggebiets für die Landwirtschaft führten wir in der Stellungnahme aus, dass PV-Freiflächenanlagen nicht von der Ausnahmeregelung in Plansatz 2.3.1.2 für die Errichtung von technischen Infrastrukturen innerhalb von Vorranggebieten für die Landwirtschaft erfasst sind und daher grundsätzlich von einem Zielkonflikt auszugehen ist.</p> <p>Aufgrund der Betroffenheit des Vorranggebiets für die Landwirtschaft wurde eine Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe als höhere Raumordnungsbehörde und der Unteren Landwirtschaftsbehörde beim Neckar-Odenwald-Kreis empfohlen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der fachlichen Einschätzung der Unteren Landwirtschaftsbehörde beim Neckar-Odenwald-Kreis vom</p>	Das Absehen von einem Zielabweichungsverfahren und folglich die Vereinbarkeit mit dem Vorranggebiet aufgrund der geringen Qualität des Bodens (aus landwirtschaftlicher Sicht) wird zur Kenntnis genommen.

	09.05.2023, aus der hervorgeht, dass es sich bei der Fläche um eine Grenzflur handelt und die Behörde sich daher positiv zu dem Vorhaben äußert, wird nach Abstimmung mit der höheren Raumordnungsbehörde beim Regierungspräsidium Karlsruhe nicht von einem Zielkonflikt ausgegangen und daher von einem Zielabweichungsverfahren abgesehen.	
V.	<p>Der Verband Region Rhein-Neckar befindet sich aktuell im Aufstellungsverfahren für den Teilregionalplan Freiflächen-Photovoltaik. Zur Ermittlung der Flächenkulisse für die regionalbedeutsame Solarenergienutzung wurde am 24.03.2023 ein Kriterienkatalog beschlossen. Dieser wurde im Laufe des Verfahrens angepasst; die Überarbeitung wurde am 29.09.2023 von den Gremien beschlossen. Der Offenlagebeschluss des Planentwurfs erfolgte am 15.12.2023 durch die Verbandsversammlung.</p> <p>Die Vorhabenfläche wurde als Vorbehaltsgebiet für regionalbedeutsame Freiflächen-Photovoltaikanlagen (NOK-VBG012-PV) in den ersten Planentwurf aufgenommen.</p> <p>Vor diesem Hintergrund bestehen seitens des Verbands Region Rhein-Neckar keine Bedenken mehr gegen das Vorhaben.</p>	Die Aufnahme der Fläche in den Teilregionalplan Freiflächen-Photovoltaik wird zur Kenntnis genommen.
Kenntnisnahme. Kein Beschluss erforderlich.		

3	Netze BW GmbH	04.03.2024
Stellungnahme		Abwägungsempfehlung

I.	<p>Die uns zugegangenen Unterlagen haben wir auf unsere Belange hin geprüft und nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>Im Geltungsbereich des Flächennutzungsplans bestehen Versorgungsanlagen der Netze BW GmbH.</p>	Kenntnisnahme.
II.	<p>> Stellungnahme der Netzentwicklung Projekte Planungsverfahren Sparte 110-kV-Netz (NETZ TEPV)</p> <p>Seitens des Genehmigungsmanagements Netzentwicklung Projekte bestehen keine Bedenken gegen die Änderung des Flächennutzungsplans.</p> <p>Die für die überörtliche Stromversorgung im Nahbereich der FNP-Änderung bestehende 110-kV-Leitungstrasse der Netze BW befindet sich in einem ausreichenden Abstand zum Vorhaben.</p>	Kenntnisnahme.
III.	<p>> Stellungnahme der Netzentwicklung Nord Netzplanung Sparte Strom (Mittel- und Niederspannung) (NETZ TENN)</p> <p>Zum o.g. FNP haben wir grundsätzlich keine Bedenken vorzubringen.</p> <p>Sollten Sie zu Planungszwecken und Aktualisierung Ihrer Planunterlagen eine Übersicht unserer Netze benötigen, so erhalten Sie diese bei unserer Leitungsauskunft online über http://www.netze-bw.de/leitungsauskunft oder über das E-Mailpostfach Leitungsauskunft-Nord@netze-bw.de in verschiedenen Dateiformaten.</p> <p>Der weitere Ausbau der Leitungsnetze richtet sich nach den zukünftigen energietechnischen Anforderungen. Bei der Bauflächenentwicklung wird je nach Bedarf das vorhandene Netz erweitert. Bitte beteiligen Sie uns dazu auf Ebene der Bebauungsplanung erneut.</p>	Kenntnisnahme. Weitere Netzauskünfte oder Beteiligungen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig.

IV.	<p>Wir bitten darum, unsere Stellungnahme im weiteren Verfahren zu berücksichtigen und uns über das Abwägungsergebnis zu informieren, nach Abschluss des Verfahrens das Inkrafttreten des Flächennutzungsplans mitzuteilen und uns eine endgültige Fassung des Flächennutzungsplans in digitaler Form an unsere E-Mail-Sammelpostfachadresse bauleitplanung@netze-bw.de zuzusenden. Hierzu geben Sie bitte jeweils die o.g. Vorgangs-Nr. an.</p> <p>Des Weiteren bitten wir darum, sofern noch nicht geschehen, die bisher verwendete Verteileradresse gegen unsere aktuelle Anschrift abzuändern:</p> <p>Netze BW GmbH Netzentwicklung Projekte Externe Planungsverfahren NETZ TEPV Schelmenwasenstraße 15 70567 Stuttgart Sammelpostfach-E-Mail-Adresse bauleitplanung@netze-bw.de</p> <p>Abschließend bitten wir, uns am weiteren Verfahren und an nachgelagerten Bebauungsplanverfahren zu beteiligen.</p> <p>Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.</p>	Die Informationen werden an die Gemeindeverwaltung weitergegeben. Auswirkungen auf das Flächennutzungsplanverfahren bestehen nicht.
Kenntnisnahme. Kein Beschluss erforderlich.		

4	Bundesnetzagentur	12.03.2024
Stellungnahme		Abwägungsempfehlung

I.	<p><u>Überprüfung der Betroffenheit funktechnischer Einrichtungen in Ihrem Plangebiet; Marktstammdatenregister (MaStR)</u></p> <p>Auf Grundlage der von Ihnen zur Verfügung gestellten Angaben möchte ich im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens auf Folgendes hinweisen:</p> <p>Beeinflussungen von Richtfunkstrecken, Radaren und Funkmessstellen der Bundesnetzagentur durch neue Bauwerke mit Bauhöhen unter 20 m sind nicht sehr wahrscheinlich. Die o. g. Planung sieht keine Bauhöhen von über 20 m vor. Entsprechende Untersuchungen zu Planverfahren mit geringer Bauhöhe sind daher nicht erforderlich. Da die Belange des Richtfunks u. a. durch die Planung nicht berührt werden, erfolgt meinerseits keine weitere Bewertung.</p> <p>Photovoltaikanlagen können den Empfang nahgelegener Funkmessstellen der Bundesnetzagentur beeinträchtigen. Für Bauplanungen von Photovoltaikanlagen ab einer Fläche von ca. 200 m², die sich in Nachbarschaft zu Funkmessstellen der Bundesnetzagentur befinden, wird daher eine frühzeitige Beteiligung der Bundesnetzagentur als Träger öffentlicher Belange empfohlen.</p>	Die Umstände einer Beteiligung der Bundesnetzagentur werden zur Kenntnis genommen.
II.	<p>Die Prüfung ergab für Ihr Plangebiet folgendes Ergebnis:</p> <p><u>Funkmessstellen der BNetzA:</u></p> <p>Es sind keine Funkmessstellen der BNetzA betroffen.</p>	Kenntnisnahme.
III.	<p><u>Hinweise zum Marktstammdatenregister (MaStR)</u></p> <p>Der Gesetzgeber hat 2014 damit begonnen ein neues Register einzuführen und die Bundesnetzagentur mit seiner Einrichtung und seinem Betrieb beauftragt: Das Marktstammdatenregister (MaStR). Die Bundesnetzagentur stellt das MaStR als behördliches Register für den Strom- und Gasmarkt auf der Basis von § 111e und § 111f EnWG sowie der Verordnung über die Registrierung energiewirtschaftlicher Daten (MaStRV) zur Verfügung.</p>	Die Hinweise zum Marktstammdatenregister sind der EnBW Solar GmbH bekannt. Eine Registrierung erfolgt erst in den nachfolgenden Schritten und ist nicht Teil der Bauleitplanung. Aus diesem Grund wird dieser Belang nicht weiter berücksichtigt.

	<p>Die Registrierung im Marktstammdatenregister ist für alle Solaranlagen verpflichtend, die unmittelbar oder mittelbar an ein Strom- bzw. Gasnetz angeschlossen sind oder werden sollen. Die Pflicht besteht unabhängig davon, ob die Anlagen eine Förderung nach dem EEG erhalten und unabhängig vom Inbetriebnahmedatum.</p> <p>Eine Registrierung von Einheiten in der Entwurfs- oder Errichtungsphase, deren Inbetriebnahme geplant ist (Projekte), ist nach der MaStRV verpflichtend, wenn diese eine Zulassung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz benötigen.</p> <p>Wenn eine Förderung für eine Solaranlage in Anspruch genommen wird, kann diese nur dann ohne Abzüge ausbezahlt werden, wenn die gesetzlichen Registrierungspflichten und -fristen eingehalten wurden. Wenn die Frist überschritten ist, wird die Zahlung vom Netzbetreiber zurückgehalten. Außerdem erlischt bei einer Fristüberschreitung der Förderanspruch möglicherweise teilweise oder vollständig und wird auch nicht nachgezahlt.</p> <p>Grundsätzlich handeln Sie ordnungswidrig, wenn Sie eine Registrierung im Marktstammdatenregister nicht rechtzeitig vornehmen.</p>	
IV.	<p>Hinweise zum Beteiligungsverfahren der Bundesnetzagentur</p> <p>Beachten Sie bitte für Ihr geplantes Vorhaben auch die Hinweise auf unserer Internetseite.</p> <p>Nutzen Sie bitte immer für die Beteiligung der Bundesnetzagentur das auf der Internetseite verfügbare 'Formular Bauleitplanung', welches Sie herunterladen können.</p> <p>Senden Sie das vollständig ausgefüllte Formular zusammen mit den zugehörigen Planungsunterlagen immer an die folgende E-Mail-Adresse.</p> <p>226.Postfach@BNetzA.de</p>	<p>Die Informationen zur Beteiligung werden von der Gemeindeverwaltung aufgenommen und in zukünftigen Verfahren berücksichtigt. Eine weitere Berücksichtigung im Rahmen dieses Bauleitplanverfahrens ist nicht notwendig</p>

Kenntnisnahme. Kein Beschluss erforderlich.

5	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau		13.03.2024
Stellungnahme		Abwägungsempfehlung	
I.	Anlässlich der Offenlage des o. g. Planungsvorhabens verweisen wir auf unsere früheren Stellungnahmen (Az. 2511 // 23-01354 vom 21.04.2023 (Flächennutzungsplan) sowie Az. 2511 // 23-01353 vom 21.04.2023 und Az. 2511 // 24-00221 vom 06.02.2024 (Bebauungsplanverfahren)) zur Planung. Die dortigen Ausführungen gelten sinngemäß auch für die modifizierte Planung.	Die früheren Stellungnahmen wurden bereits berücksichtigt, weiteren Änderungen sind nicht notwendig.	
Kenntnisnahme. Kein Beschluss erforderlich.			

6	Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis – Fachbereich 2 Rechtsangelegenheiten		27.03.2024
Stellungnahme		Abwägungsempfehlung	
I.	Von Seiten der folgenden Fachbehörden wurden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen:	Kenntnisnahme.	

	<ul style="list-style-type: none"> • Technische Fachbehörde – Sachgebiet Grundwasserschutz, Sachgebiet Abwasserbeseitigung sowie Sachgebiet Oberirdische Gewässer • FD Gewerbeaufsicht • FD Gesundheitswesen • FD Straßen • FD ÖPNV • FD Flurerneuerung und Landentwicklung • FD Vermessung • Kreisbrandmeister 	
II.	<p>Fachdienst Baurecht Bearbeitung: Herr Schneider - ab Ziffer 2: Herr Kirchgeßner Telefon: 06261/84 – 1704 06261/84 – 1713</p> <p>1. Die Flächennutzungsplanfortschreibung bedarf der Genehmigung nach § 6 Abs. 1 BauGB.</p>	Der Flächennutzungsplan wird nach dem Feststellungsbeschluss der Kreisverwaltung zur Genehmigung vorgelegt.
III.	<p>2. <i>Umweltprüfung – Umweltbericht</i></p> <p>Für diese FNP Änderung ist die Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB und das Erstellen eines Umweltberichts nach § 2a Nr. 2 BauGB erforderlich. Den aktuell vorgelegten Unterlagen lag nun ein Umweltbericht bei.</p> <p>Es wird daraus ersichtlich, dass die Umweltprüfung dem gängigen Standard entspricht; wir hatten dazu in unserer vorausgegangenen Stellungnahme keine besonders erhöhten Anforderungen gestellt. Der Umweltbericht dazu beachtet die Anlage 1 zu § 2 Absatz 4 und zu den §§ 2a und 4c BauGB. Die Ergebnisse der für die jeweiligen Umweltbelange erstellten Fachbeiträge und Gutachten werden ebenso integriert</p>	Die Zustimmung zum Umweltbericht wird zur Kenntnis genommen.

	<p>und entsprechend ihrer Relevanz in den wesentlichen Punkten dargestellt.</p> <p>Zu weiteren etwaigen inhaltlichen Details bezüglich der verschiedenen Umweltbelange wird ergänzend auf die nachfolgenden Stellungnahmen der einzelnen Fachbehörden verwiesen.</p> <p>Ein prinzipiell geordnetes planerisches Vorgehen bei der Auswahl von Solarparkflächen sollte in den Verfahrensunterlagen dokumentiert sein. Entsprechend der Bitte in unserer vorausgegangenen Stellungnahme wurden in Nr. 2.2 der städtebaulichen Begründung Ausführungen zu in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten ergänzt. Zudem wird das konzeptionelle Vorgehen zur Standortfindung erläutert und insbesondere auf den maßgeblichen „Kriterienkatalog“ der Stadt Adelsheim eingegangen. Unter Nr. 6 des Umweltberichts finden sich hierzu auch einschlägige Hinweise.</p> <p>Von unserer Seite sind daher insgesamt keine weiteren Anforderungen diesbezüglich zu stellen.</p> <p>Wie in unserer vorausgegangenen Stellungnahme vermerkt, wurde bereits ein Hinweis zu § 3 Abs. 3 BauGB in die ortsübliche Bekanntmachung aufgenommen.</p>	
IV.	<p>3. <i>Klimaschutz</i></p> <p>Der Klimaschutz und die Klimaanpassung haben durch die „Klimaschutzklausel“ in § 1a Abs. 5 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 5 Satz 2 BauGB sowie durch die Klimaschutzgesetzgebung des Landes Baden-Württemberg in der Bauleitplanung besonderes Gewicht erhalten und verfügen gem. § 1a Abs. 5</p>	Die Zustimmung zum Klimaschutz wird zur Kenntnis genommen.

	<p>Satz 2 i. V. m. § 1 Abs. 7 und § 2 Abs. 3 BauGB zudem über ausdrückliche Abwägungsrelevanz.</p> <p>In den aktuell vorliegenden Unterlagen – insbesondere Begründung und Umweltbericht – wird in verschiedenen Abschnitten auf den allgemeinen Klimaschutz eingegangen.</p> <p>Da es sich hier um die Ausweisung eines Solarparks handelt, wird den Belangen des Klimaschutzes im Grunde faktisch schon Rechnung getragen. Der Solarpark (Photovoltaik-Nutzung) ist selbst gewissermaßen als eine Maßnahme zu betrachten, die geeignet ist, dem Klimawandel entgegenzuwirken.</p>	
V.	<p>Untere Naturschutzbehörde</p> <p>Bearbeitung: Herr Kirchgeßner Telefon: 06261/84-1713</p> <p>1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können</p> <p>a) <i>Artenschutz nach § 44 (u. § 45 Abs 7) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</i></p> <p>Das Artenschutzrecht i. S. d. § 44 BNatSchG ist strikt zu beachten- des Bundesrecht; die Zugriffsverbote gelten in der Bauleitplanung zwar nur mittelbar, die Entscheidung hierüber unterliegt jedoch nicht der allgemeinen Abwägung des Gemeindeverwaltungsverbands Seckachtal.</p> <p>Nach geltender Rechtslage wäre zu dem vorliegenden FNP-Änderungsverfahren beispielsweise eine artenschutzrechtliche Relevanzprüfung erforderlich, die eine diesbezügliche Beurteilung zulässt.</p> <p>Mit den aktuellen Verfahrensunterlagen wurde ein Umweltbericht vorgelegt. In Kapitel Nr. 4 und unter Nr. 5.2.3 des Umweltberichts</p>	<p>Die Darstellung der Notwendigkeit spezielle artenschutzrechtliche Prüfung und deren korrekte Anwendung im Verfahren werden zur Kenntnis genommen.</p>

	<p>werden (unter Rückgriff auf die Artenschutzprüfung aus dem parallel im Verfahren befindlichen Bebauungsplan für den „Solarpark Hühneräcker“ der Stadt Adelsheim) wesentliche Aussagen zum Artenschutz (inkl. zur CEF-Maßnahme für die Feldlerche und die Kleintierdurchlässigkeit) getroffen. Daraus wird für die FNP-Änderung ausreichend ersichtlich gemacht, dass die artenschutzrechtlichen Belange zu bewältigen sein werden.</p> <p>(Die im Detail erforderlichen betreffenden Vermeidungs-, Schutz- und CEF-Maßnahmen, werden dann auf der Ebene des parallel geführten Bebauungsplans sowohl als planungsrechtliche Festsetzungen als auch durch vertragliche Regelungen festzulegen sein.)</p> <p>Für die FNP-Ebene sind hierzu keine weiteren Forderungen zu erheben.</p>	
VI.	<p><i>b) Geschützte Biotope und naturschutzrechtliche Schutzgebiete</i></p> <p>Im vorgesehenen Geltungsbereich des Plangebiets befindet sich das nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 33 NatSchG gesetzlich geschützte Biotop „Feldgehölz in 'Hühneräcker' westlich von Adelsheim“ (vgl. Abb. 9 unter Nr. 1.9.3 des Umweltberichts); zudem wurde eine weitere Feldhecke mit Biotopstatus erfasst. In der zeichnerischen Darstellung zum FNP werden die Biotopflächen zwar nicht nachrichtlich dargestellt; es sind den Unterlagen jedoch Karten zum Biotoptypen-Bestand und zur betreffenden Planung beigelegt, die eigens den Schutzstatus als gesetzlich geschütztes Biotop erkennen lassen. Auf der Bebauungsplanebene finden sich zudem detailliertere Darstellungen hierzu, wobei auch ein Pufferabstand zwischen Biotop und Baugrenze berücksichtigen; ebenso bleibt dort ein Übergangskorridor zur freien Landschaft gewahrt. - Demnach wird seitens der unteren Naturschutzbehörde keine Biotop-Ausnahme für erforderlich erachtet, sodass auch für das FNP-Änderungsverfahren keine rechtlichen Schritte erforderlich werden.</p>	<p>Die fachliche Bestätigung des Biotopschutzes wird zur Kenntnis genommen.</p>

VII.	Die geplante Sondergebietsfläche wird im Geltungsbereich der Verordnung über den Naturpark „Neckartal-Odenwald“ (NatParkVO) zu liegen kommen. Allerdings gelten Bauflächen im Geltungsbereich eines Flächennutzungsplans nach § 2 Abs. 3 Nr. 4 NatParkVO als Erschließungszonen, in denen die Erlaubnisvorbehalte des § 4 NatParkVO nicht greifen. Die Erschließungszonen passen sich gemäß § 2 Abs. 3 der NatParkVO insoweit der geordneten städtebaulichen Entwicklung an. Für eine so geordnete städtebauliche Entwicklung wird in diesem Zusammenhang u. a. vorausgesetzt, dass der Schutzzweck gemäß § 3 der NatParkVO zumindest erkennbar in die Abwägungsentscheidung des Planungsträgers mit einfließt. Entsprechend unserer vorausgegangenen Stellungnahme wurden in Nr. 3.6 des Umweltberichts im Hinblick auf den Schutzzweck des Naturparks ergänzende Aussagen aufgenommen.	Die Ausführungen zum Naturpark „Neckartal-Odenwald“ werden zur Kenntnis genommen.
VIII.	Sonstige naturschutzrechtliche Schutzgebiete sind nicht in erheblicher Weise betroffen.	Kenntnisnahme.
IX.	2. Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen) Für die FNP-Ebene werden keine naturschutzrechtlichen Ausnahmen oder Befreiungen erforderlich.	Kenntnisnahme.
X.	3. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage <i>a) Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 18 BNatSchG:</i> Auch auf der FNP-Ebene ist die Bewältigung der Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB in zumindest grundsätzlicher Weise im Hinblick auf die Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu thematisieren.	Die Ausführungen zur Eingriffsregelung werden zur Kenntnis genommen.

	<p>Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB bezeichneten Bestandteilen sind in der Abwägung gem. § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen (Eingriffsregelung in der Bauleitplanung).</p> <p>In den aktuell vorliegenden FNP-Unterlagen wird die Bewältigung der Eingriffsregelung nun in Abschnitt 5 des Umweltberichts angemessen verdeutlicht.</p> <p>Es kann damit für die FNP-Ebene zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung davon ausgegangen werden, dass sich der zu erwartende Kompensationsbedarf durch entsprechende Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf der Ebene des parallel geführten Bebauungsplans bewältigen lassen wird (hierzu sind dort konkrete planungsrechtliche Festlegungen vorgesehen).</p> <p>Die zu dem parallelen Bebauungsplan erstellte Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung für die Schutzgüter Arten und Biotope sowie Boden ist insgesamt plausibel. Es kann insoweit bestätigt werden, dass der Eingriff auf der Bebauungsplanebene innerhalb des Plangebiets vollständig ausgeglichen werden kann, sodass auch bezüglich der Eingriffsregelung für die vorliegende FNP-Änderung keine grundsätzlichen Bedenken vorzutragen sind.</p>	
XI.	<p><i>b) Biotopverbund</i></p> <p>Es sind keine Flächen des landesweiten Fachplans zum Biotopverbund oder Wildtierkorridore des Generalwildwegeplans BW betroffen.</p>	Kenntnisnahme.
XII.	<p><i>c) Naturschutzrechtliches Fazit:</i></p>	Kenntnisnahme.

	Von naturschutzrechtlicher Seite verbleiben somit insgesamt keine erheblichen Bedenken gegen die FNP-Änderung für die vorgesehene Solarpark-Ausweisung.	
XIII.	<p>Technische Fachbehörde Bodenschutz / Altlasten</p> <p>Bearbeitung: Herr Reimold Telefon: 06261/84-1779</p> <p>Es bestehen keine Einwände, sofern die im Entwurf zum Umweltbericht und im Vorentwurf zum Bebauungsplan genannten Maßnahmen zum Bodenschutz vollumfänglich umgesetzt werden.</p>	Kenntnisnahme.
XIV.	<p>Fachdienst Forst</p> <p>Bearbeitung: Herr Hecht Telefon: 06261/84-1055</p> <p>Auf den Flurstücken 1995/0 Gemarkung Adelsheim ist eine Photovoltaik-Freiflächenanlage („Solarpark“) von ca. 11 ha geplant. An den Solarpark angrenzend befinden sich im Osten Waldflächen im Sinne des LWaldG. Laut Unterlagen ist i.S.d. § 2 LWaldG Wald nicht direkt betroffen.</p> <p>Waldabstände gem. § 4 Abs. 3 LBO müssen nicht eingehalten werden.</p> <p>Der FD Forst empfiehlt jedoch einen ausreichenden Sicherheitsabstand zu den vorhandenen Waldrändern einzuhalten, um Schäden durch Windwurf / Windbruch und ein Auslaufen von Chemikalien o.Ä. aus den Modulen zu verhindern. Aufgrund der erreichbaren, möglichen Oberhöhe der angrenzenden Waldbäume, von mehr als 30 m, empfehlen wir den schriftlichen Abschluss einer Regelung zu Haftungsfragen im Schadensfall, zwischen Grundeigentümern und Betreibern des Solarparks.</p>	Das Thema Waldabstand wird auf Ebene des Bebauungsplans berücksichtigt. Auf das FNP-Verfahren hat das keine Auswirkungen.

	Von Seiten der Unteren Forstbehörde Neckar-Odenwald-Kreis bestehen keine Einwände und Bedenken.	
XV.	<p>Landwirtschaft</p> <p>Bearbeitung: Herr Sauter Telefon: 06281/5212-1610</p> <p>Entgegen unserer vorhergehenden Stellungnahme muss folgende Information ergänzt werden:</p> <p>Die Bewertung der überplanten Fläche, Flst.-Nr 1995 auf der Gemarkung Adelsheim Gewann Hühneräcker erfolgte vor einem Jahr nach der Flächenbilanz des Landes Baden-Württemberg. Die Flächenbilanz gibt Aufschluss über die Güte bzw. Ertragsfähigkeit von Böden. Sie differenziert ähnlich der Flurbilanz 2022 nach landbauwürdigen, landbauproblematischen und nicht landbauwürdigen Flächen.</p> <p>Die Bewertung von Flächen erfolgt auf Grundlage der Bodenschätzung (Acker- bzw. Grünlandzahl). Ergänzend wird die Hangneigung berücksichtigt, die der Flächennutzung und dem maschinellen Einsatz im Landbau Grenzen setzt. Gemäß der überarbeiteten Flurbilanz, welche der unteren Landwirtschaftsbehörde nun seit Juni 2023 vorliegt, befindet sich das Vorhaben auf Flächen der Vorbehaltsflur I. Diese landbauwürdigen Flächen sind der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten. In der überarbeiteten Flurbilanz werden die Fluren ergänzend zur Flächenbilanz mit Standardkriterien bewertet. Diese Standardkriterien sind Ertragfähigkeit, Hangneigung, Flächennutzung, Schlaggröße, Tierhaltung, Ökolandbau und Überschwemmungsflächen. Es werden 5 Wertstufen definiert, welche durch ein Punktesystem Abschläge oder Zuschläge erhalten. Die Punkte der Wertstufen haben eine Spanne von 0 bis 100 Punkten.</p> <p>In Bezug auf die Flur des Plangebiets ist eine Wertzahl von 50 ermittelt, was eine deutlich höhere Wertigkeit der Flur ausmacht. Für die Flur der Gemarkung Adelsheim wirkt sich insbesondere die</p>	<p>In der Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung und in bisher getroffenen Absprachen wurde eine Zustimmung zu dem Vorhaben geäußert. Dabei wurde insbesondere auf die schlechte Bodengüte hingewiesen. Auf dieser ursprünglichen Einschätzung wurde zudem die Begründung gestützt, dass kein Zielabweichungsverfahren für die Landwirtschaft notwendig wird.</p> <p>Dass nun zwischenzeitlich eine Neubewertung durch das Land Baden-Württemberg stattfand, ändert an den tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten nichts. Die Fläche weist weiterhin eine geringe Bodengüte aus. Positiv auf die Fläche hat sich die Schlaggröße ausgewirkt, wobei dieses Kriterium ebenfalls vorher schon bekannt war und dieses Kriterium auch für die Wirtschaftlichkeit der PV-Freiflächenanlage von Relevanz ist. Neu hinzu kommt außerdem eine Aufwertung der Fläche durch Einhaltung der Ökolandbau-richtlinie. Dadurch dass der Boden grundsätzlich erhalten wird und keine Schadstoffeinträge während des Betriebs erfolgen, wird weiterhin mit positiven Auswirkungen auf die Umweltgüter gerechnet.</p> <p>Der Bewirtschafter der Fläche hat außerdem sein Einverständnis abgegeben, dass auf dieser Fläche ein Solarpark entstehen kann – er unterstützt das Vorhaben.</p> <p>Die Flurbilanz 2022 betrachtet zudem die Flächen in einem größeren Maßstab als die vorher angewendete Flächenbilanz. Das Plangebiet ist Teil eines</p>

	<p>Schlaggröße, positiv auf die Wertzahl aus. Bei diesem Standardkriterium ist die maximale Anzahl von Punkten erreicht worden. Die vorliegende Schlaggröße führt zu einer nachhaltigen und effizienten Bewirtschaftung des Schlates. Des Weiteren ist für diese Flur durch die Bewirtschaftung nach Ökolandbaurichtlinie ebenfalls eine positive Erhöhung der Wertzahl erfolgt.</p>	<p>insgesamt etwa 62 ha großen Gebiets, welches gesamtheitlich betrachtet wurde. Davon werden jedoch nur etwa 11 ha – aufgeteilt auf drei Ackerschläge – im Osten beansprucht, die zudem durch die geschützten Heckenstrukturen sowie mehrerer Leitungsmasten in der Bewirtschaftung erschwert werden. Die übrigen 50 ha westlich des Plangebiets teilen sich auf lediglich vier Ackerschläge mit geringen Störobjekten auf, die auch bereits in der Flächenbilanz die zweithöchste Wertstufe erhalten hatten. Vor diesem Hintergrund werden im Bereich der Vorbehaltsflur I die hochwertigen Flächen weiter geschont und lediglich ungünstige Randbereiche beansprucht, die lediglich in der Gesamtbewertung mit den angrenzenden Flächen diese Wertstufe erreichen.</p> <p>Die Fläche wurde zudem nach dem Kriterienkatalog der Stadt Adelsheim ausgewählt.</p> <p>An der Planung wird festgehalten.</p>
XVI.	<p>Das Plangebiet befindet sich nach dem einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar im Vorranggebiet für die Landwirtschaft. In diesen Gebieten ist eine außerlandwirtschaftliche Nutzung nicht zulässig.</p>	<p>Sowohl der Verband Region Rhein-Neckar als auch das RP Karlsruhe, Abt. 2 Raumordnung, haben die Vereinbarkeit mit dem Vorranggebiet Landwirtschaft aufgrund der geringen Bodengüte bejaht. Der Verband Region Rhein-Neckar berücksichtigt die Fläche darüber hinaus bereits im Entwurf des Teilregionalplan Freiflächen-Photovoltaik. Dadurch soll zukünftig kein Vorranggebiet Landwirtschaft mehr dargestellt werden.</p>
XVII.	<p>Nach der Reichsbodenschätzung ist für das Flurstück 1995 der Gemarkung Adelsheim eine Acker- bzw. Grünlandzahl von 31 hinterlegt. Für das Flurstück liegen Bodenpunkte in Höhe von 36 vor.</p>	<p>Die Acker- und Grünlandzahlen unterstützen die Einschätzung, dass es sich um landwirtschaftlich schlechte Böden handelt.</p>

KVIII.	Wir verweisen auf andere Flächen nordöstlich in der Umgebung, welche sich aus agrarstruktureller Sicht besser für eine Freiflächenphotovoltaik-Nutzung eignen würden.	Auch die Flächen nordöstlich des Plangebiets (hinter der JVA) werden als Vorbehaltsflur I in der Flurbilanz 2022 dargestellt, weshalb nicht nachvollziehbar ist, warum diese Flächen besser geeignet sein sollen. Darüber hinaus wurde der Kriterienkatalog der Stadt Adelsheim angewendet, wonach das hier vorliegende Plangebiet für PV-Freiflächenanlagen geeignet ist. An der Planung wird festgehalten.
<p>Beschlussvorschlag</p> <p>Nach Auswertung der verfügbaren Grundlagen stellt das Plangebiet eine aus landwirtschaftlicher Sicht schwer zu bewirtschaftende Fläche dar. Die Ackerzahl ist mit 31 gering, die Fläche liegt im benachteiligten Gebiet und die Bewirtschafteter haben der Inanspruchnahme zugestimmt. Der Rat beschließt daher, am Standort festzuhalten.</p> <p>Abstimmung: <input type="checkbox"/> Einstimmig ____ Ja-Stimmen ____ Nein-Stimmen ____ Enthaltungen</p>		

7	Regierungspräsidium Karlsruhe – Abteilung 2 – Wirtschaft, Raumordnung, Bau-, Denkmal- und Gesundheitswesen	05.04.2024
Stellungnahme		Abwägungsempfehlung
I.	Vielen Dank für die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange an den o. g. Verfahren mit Schreiben vom 23.02.2024. In unserer Funktion als höhere Raumordnungsbehörde äußerten wir uns letztmalig im	Die Zusammenfassung der Planung wird zur Kenntnis genommen.

	<p>Rahmen der frühzeitigen Beteiligung mit Schreiben vom 25.04.2023. Ergänzend äußern wir uns folgendermaßen:</p> <p>Vorliegend sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf einer bislang landwirtschaftlich genutzten Fläche westlich von Adelsheim geschaffen werden. Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 11 ha, was gegenüber der frühzeitigen Beteiligung eine Reduzierung um ca. 1,2 ha bedeutet. Auf Ebene des Flächennutzungsplans ist eine Darstellung als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ vorgesehen.</p>	
II.	<p><i>Übereinstimmung mit raumordnerischen Vorgaben zur Energieversorgung</i></p> <p>Wie im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung vorgetragen, entspricht das geplante Vorhaben wesentlichen Zielsetzungen des Landesentwicklungsplans 2002 Baden-Württemberg als auch des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar (ERP), wonach auf eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien hingewirkt werden soll.</p> <p>Der regionalplanerische Grundsatz einer vorzugsweisen Errichtung von Freiflächen-PV auf vorge nutzten Flächen gem. PS 3.2.4.2 G ERP wird durch das Vorhaben nicht eingehalten. Es handelt sich um eine landwirtschaftlich genutzte Fläche, welche sich allerdings vollständig innerhalb eines landwirtschaftlich benachteiligten Gebietes gemäß der Einstufung der Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlicher Raum LEL befindet und damit den Vorgaben der Freiflächenöffnungsverordnung Baden-Württemberg entspricht. Im Energieatlas Baden-Württemberg wird die Fläche als geeignet für Freiflächen-PV eingestuft. Im Ergebnis steht der Plansatz dem Vorhaben nicht entgegen.</p>	<p>Die Übereinstimmung mit den raumordnerischen Vorgaben zur Energieversorgung wird zur Kenntnis genommen.</p>

III.	<p><i>Übereinstimmung mit raumordnerischen Vorgaben zum Freiraumschutz</i></p> <p>In der Raumnutzungskarte des ERP befindet sich das Plangebiet vollständig innerhalb eines Regionalen Grünzugs sowie innerhalb eines Vorranggebiets für die Landwirtschaft. Die Betroffenheit dieser Ziele der Raumordnung vom vorliegenden Vorhaben werden folgendermaßen bewertet:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Hinsichtlich des berührten Regionalen Grünzugs wurde bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung bestätigt, dass die Voraussetzungen für die Errichtung innerhalb eines Regionalen Grünzugs aus PS 2.1.3 Z ERP als erfüllt betrachtet werden. Demnach wird Freiflächen-PV als technische Infrastruktur bewertet, die nur außerhalb des Siedlungsbestands errichtet werden kann. Von einer wesentlichen Beeinträchtigung der Funktion des Regionalen Grünzugs wird nicht ausgegangen, da die geplante Anlage lediglich einen kleineren Teilbereich dessen einnehmen wird. Vielmehr ergibt sich die Chance auf eine tendenzielle Verbesserung der Freiraumfunktionen gegenüber einer intensivlandwirtschaftlichen Nutzung. Zudem besteht im Sinne der Energiewende ein öffentliches Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien. 	<p>Die Übereinstimmung mit den raumordnerischen Vorgaben zum regionalen Grünzug wird zur Kenntnis genommen.</p>
IV.	<ul style="list-style-type: none"> – Gem. PS 2.3.1.2 Z ERP dienen Vorranggebiete für die Landwirtschaft der Sicherung einer landwirtschaftlichen Bodennutzung. Eine außerlandwirtschaftliche Nutzung ist in diesen Bereichen zunächst nicht zulässig. <p>Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung wurde seitens der zuständigen unteren Landwirtschaftsbehörde des Neckar-Odenwald-Kreises vorgetragen, dass keine Bedenken gegen das Vorhaben bestehen. Demnach handele es sich beim betreffenden Bereich um Grenzflur mit schlechten Böden, welche bei einer Acker- und Grünlandzahl von ca. 31 lägen</p>	<p>Die Übereinstimmung mit den raumordnerischen Vorgaben zum Vorranggebiet Landwirtschaft wird zur Kenntnis genommen.</p>

	<p>(Stellungnahme vom 09.05.2023). Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung geht auch die höhere Raumordnungsbehörde nicht von einem Zielkonflikt mit dem berührten Vorranggebiet für die Landwirtschaft aus.</p> <p>Im Ergebnis stehen der Planung damit keine Belange der Raumordnung entgegen. Weitere Hinweise oder Anregungen werden nicht vorgetragen.</p>	
Kenntnisnahme. Kein Beschluss erforderlich.		

8	Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar	08.04.2024
	Stellungnahme	Abwägungsempfehlung
I.	<p>Bewertung der vorliegenden Bauleitplanung durch die IHK Rhein-Neckar</p> <p>Die IHK Rhein-Neckar hält an ihrer Stellungnahme vom 28.04.2023 fest.</p> <p>Am Fortgang der Planung bleiben wir interessiert.</p> <p>Die uns freundlicherweise zugesandten Planunterlagen nehmen wir zu den Akten.</p>	<p>Die Stellungnahme vom 28.04.2023 wurde bereits berücksichtigt. Eine weitere Beteiligung ist nicht notwendig.</p>
Kenntnisnahme. Kein Beschluss erforderlich.		

9	Deutsche Telekom Technik GmbH	08.04.2024
Stellungnahme		Abwägungsempfehlung
I.	<p>Vielen Dank für die erneute Beteiligung am Bebauungsplanverfahren. Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.</p> <p>Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Mit Schreiben bzw. Mail vom 24. April 2023 / PTI 21-Betrieb, Annegret Kilian Az. 2023B_135 haben wir zur o. a. Planung bereits Stellung genommen.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.</p> <p>Die Berücksichtigung unserer Anregungen durch den Gemeinderat haben wir dankend zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Kenntnisnahme. Die Stellungnahme wurde bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung berücksichtigt.</p>
Kenntnisnahme. Kein Beschluss erforderlich.		

Seitens der Öffentlichkeit sind keine Stellungnahmen im Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingegangen.

Erstellt im Auftrag des **Gemeindeverwaltungsverbandes Seckachtal**

Bearbeitet durch **Enviro-Plan GmbH**

Odernheim am Glan, 16.05.2024